

### „Katholische“ oder sachgemäße Bildungskonzeption

Am 13. Juli 1964 übergab das *Deutsche Institut für Bildung und Wissen* seinen *Gesamtplan zur Neuordnung des Deutschen Bildungswesens* der Öffentlichkeit<sup>1</sup>. Maßgebliche Kulturpolitiker haben sich positiv zu dem *Gesamtplan* geäußert. Der Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister hat eine gründliche Erörterung in der Kultusministerkonferenz angekündigt.

Der *Gesamtplan* hat auch für den Katholiken besondere Bedeutung: Es ist der erste derartige Plan, der – im Gegensatz zum Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen und im Gegensatz zum Bremer (= Wiesbadener) Plan der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – die Zustimmung der maßgeblichen katholischen Persönlichkeiten gefunden hat. Wie KNA meldete, hat sich Kardinal Frings, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, zustimmend zu dem Plan geäußert und der Schulbischof Dr. Pohlschneider hat den Plan ebenfalls positiv aufgenommen.

Im Gegensatz zu anderen Bildungsplänen, die ihre Bildungskonzeption aus einem Wunschbild der Zukunft ableiten und dabei die Gegenwart ignorieren, geht der *Gesamtplan* von einer nüchternen Analyse der gesellschaftlichen Realität aus (die für sich allein – ohne bildungspolitischen Blickwinkel – lesenswert ist), konstatiert den Pluralismus unserer Gesellschaft und untersucht das Problem, ob dieser Pluralismus überwunden werden müsse oder ob er zu pflegen sei. Das Ergebnis lautet:

In unserer Gesellschaft, deren pluralistisches Strukturprinzip im Grundgesetz verankert ist, gibt es nicht nur eine Gruppe, die mit ihrer Grundüberzeugung staatstragend ist; „statt dessen gibt es eine Pluralität von Gruppen, die in ihrer Gesamtheit die Funktion der staatstragenden Gruppe erfüllen“. Es sollte nicht danach getrachtet werden, den Pluralismus durch *nivellierende Einheitsbildung* zu überwinden, da der Staat zu seinem freiheitlichen Bestande auf Menschen angewiesen ist, welche über die Minimalforderungen der Grundüberzeugungen des Grundgesetzes hinaus existentiell engagiert sind; es entspricht aber der Freiheit und Würde des Menschen, die Gruppe, in der er seine Grundüberzeugungen pflegen und ausbilden kann, selbst zu wählen. „Das Erziehungswesen in einem pluralistischen Staat muß so gestaltet sein, daß aus ihm eine möglichst große Zahl *klar profilierter* Menschen hervorgeht.“

Mit diesen Überlegungen beantwortet sich die Frage nach „katholischer“ Bildungskonzeption, denn sie erweist sich als eine *sachgemäße* Bildungskonzeption, die sowohl der Wirklichkeit unseres Staatswesens gerecht wird als auch die Würde des einzelnen Menschen wahrt und diese erst eigentlich zur Entfaltung bringt. Wie sehr diese Bildungskonzeption des *Gesamtplans* sachlich fundiert und sachgemäß überlegt worden ist, erhellt die Tatsache, daß das *Deutsche Institut für Bildung und Wissen* (e.V. Sitz: Frankfurt am Main) eine *überkonfessionelle* Institution ist, deren finanzielle Förderer neben dem Bundesinnenministerium und einigen Länderkultusministerien vor allem die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die katholischen Bischöfe sind.

#### *Nivellierung oder Prägung*

Das Bildungsproblem unseres Jahrhunderts, das in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West in der politischen Diskussion gerne hochgespielt wird, wird fälschlicherweise häufig mit dem Problem der Ausbildung gleichgesetzt, und die „ideologische Auseinandersetzung mit dem Osten“ wird auch vielfach als eine Auseinandersetzung der „Ideologien“ mißverstanden, während es sich in Wirklichkeit um eine Auseinandersetzung von *Menschen* handelt, die ohne Verkümmern ihrer vollen menschlichen Entfaltung an die Werte ihrer Kultur existentiell gebunden sind. Hier muß sich nun der positive, bejahte Pluralismus jedem nivellierenden Bildungsminimalismus überlegen zeigen, weil eine Verminderung von Wahlmöglichkeiten zugleich Beschränkung von Bildungschancen bedeutet. So wäre es ein unauflösbarer innerer Widerspruch, auf der einen Seite in der Schul-Organisation wegen der individuellen Gegebenheiten die Bildungschancen durch eine Vielzahl von Schultypen (einschließlich 2. Bildungsweg) möglichst vielfältig zu gestalten, und auf der anderen Seite wesentliche Bildungschancen zu vergeuden, indem man differenzierte religiös-weltanschauliche Komponenten ignoriert, es sei denn, man sähe in den religiös-sittlichen Werten keine wesentlichen Bildungsfaktoren, wozu sich aber keiner offen bekennen will. Ebenso kann die längst anerkannte pädagogische Forderung nach der Ganzheit der Bildung, die dem Kinde entspricht und ihren Ausdruck etwa im Gesamtunterricht findet, nicht überzeugend vorgetragen werden, wenn solche wesentlichen Momente der Bildung unterschlagen werden, welche die Prägung des Menschen zu einer exi-

<sup>1</sup> Das Gutachten ist inzwischen bereits in zweiter Auflage gedruckt und kann überall durch den Buchhandel bezogen werden (Hirschgraben-Verlag, Frankfurt a. M., Best.-Nr. 233, Preis 2,60 DM).

stentuell an bedeutsame Werte gebundenen Person ermöglichen.

### Bildung und Ausbildung

Bildung wird durch ihr Ziel bestimmt. Das *Deutsche Institut für Bildung und Wissen* definiert folgendermaßen: „Ziel der Bildung und Erziehung ist der Mensch, der im Ringen um ein richtiges Verhältnis zu Gott, zu den anderen Menschen und zur Welt eine Haltung gewonnen hat, aus der heraus er im Leben und Handeln der Wirklichkeit gerecht wird und so in einer jeweils einmaligen Verwirklichung zur Vollendung seiner selbst kommt.“ Bildungswissen ist seiner Tendenz nach total, indem es auf die Erkenntnis der Gesamtzusammenhänge ausgerichtet ist; es ist eine permanente Aufgabe. Ausbildungswissen ist spezialisiertes Wissen zur Erkenntnis eines Bereiches der Wirklichkeit und zu seiner Beherrschung mit bestimmten Methoden; hier gibt es einen Ausbildungsabschluß. Das Ausbildungswissen muß in das Bildungswissen integriert sein, damit nicht Menschen, die infolge ihrer hohen Ausbildung viel Macht besitzen, diese wegen mangelnder Bildung eventuell unbewußt mißbrauchen. Ausbildungswissen ist wertneutral; Bildungswissen ist wertbestimmt – in ihm sind existentielle Entscheidungen mitgegeben. Je mehr ein Mensch *ausgebildet* ist, desto höher muß seine *Bildung* sein. Deshalb darf beispielsweise Universitätsausbildung nicht unabhängig und losgelöst von wertbestimmten Entscheidungen vermittelt oder angenommen werden. Darum wird unter anderem im *Gesamtplan* vorgeschlagen, an den Universitäten und Hochschulen ordentliche Lehrstühle einzurichten, deren Lehr- und Forschungsgegenstände die Fragen des speziellen Berufsethos sind, welche die theoretische Grundlegung der einzelnen Disziplinen leisten und welche die Methodologie der Grenzüberschreitung wissenschaftlicher Gebiete erarbeiten. „Es sollte kein Student die Universität oder Hochschule verlassen, der nicht nachweisen kann, daß er sich auch mit der wissenschaftstheoretischen Problematik seines Studiengebietes sowie mit den sozialen und ethischen Fragen seines späteren Berufs intensiv beschäftigt hat.“

### Der erste echte Gesamtplan

Die vorstehenden Abschnitte zeigen nicht nur das Niveau, auf dem die brennenden Bildungsprobleme unseres Volkes diskutiert werden, sondern auch die Spannweite der Vorschläge, die

vom Kindergarten über die Volksschule, die Realschule, die Gymnasien, die Sonderschule, das berufsbezogene Schulwesen, die Erwachsenenbildung, den 2. Bildungsweg bis zu den Universitäten und Hochschulen reichen und damit erstmalig einen Gesamtplan zur Neuorientierung des Deutschen Bildungswesens darstellen.

Im Zentrum der organisatorischen Neuordnung stehen naturgemäß die Bildungswege und Übergänge an den allgemeinbildenden Schulen, die hier der Übersichtlichkeit halber tabellarisch wiedergegeben werden. Der nüchterne Sinn für Realitäten, der den *Gesamtplan* auszeichnet, drückt sich vor allem in der erstmaligen Gliederung der Schulformen nach dichtbesiedelten, weniger dicht und ausgesprochen dünn besiedelten Gebieten aus (wobei auch die Verkehrsdichte zu berücksichtigen ist).

Hierbei liegt der Gedanke zugrunde, die Bildungschancen gleichmäßig bzw. gerecht zu verteilen, ohne den unterschiedlichen Charakter der Gebiete zu vernachlässigen.

#### I. In dicht besiedelten Gebieten

Bildungswege und Übergänge an den allgemeinbildenden Schulen

- a) nach dem 4. Schuljahr von der Volksschule zur höheren Schule und zur Realschule (beide in Langform)
- b) nach dem 6. Schuljahr von der Volksschule zur höheren Schule (Kurzform) und zur Realschule (Normalform)
- c) nach dem 10. Schuljahr (Unterssekunda) von der höheren Schule zum Sonderkursus zur Erlangung des „Kleinen Abiturs“
- d) nach dem 11. Schuljahr (Abschlußklasse) von der Realschule zum Aufbauzug zur Erlangung des „Großen Abiturs“.

#### II. In Gebieten mit geringerer

##### Besiedelung

Bildungswege und Übergänge an den allgemeinbildenden Schulen

- a) nach dem 4. Schuljahr von der Volksschule zur höheren Schule
- b) nach dem 6. Schuljahr von der Volksschule zur Realschule
- c) nach dem 10. Schuljahr (Unterssekunda) von der höheren Schule zum Sonderkursus zur Erlangung des „Kleinen Abiturs“
- d) nach dem 11. Schuljahr (Abschlußklasse) von der Realschule zum Aufbauzug zur Erlangung des „Großen Abiturs“.

#### III. In dünn besiedelten Gebieten

Bildungswege und Übergänge an den allgemeinbildenden Schulen

- a) nach dem 6. Schuljahr von der Volksschule zur Realschule
- b) nach dem 11. Schuljahr (Abschlußklasse) von der Realschule zum Aufbauzug (mit Internat) zur Erlangung des „Großen Abiturs“.

Aus den Tabellen geht hervor, daß die Realschule um ein Jahr verlängert werden sollte und daß die Schüler, die die höhere Schule vorzeitig verlassen, in einem Sonderkursus zusammengefaßt werden, der ihnen den Abschluß ihrer Schulbildung ermöglicht und es nicht bei einem Abbruch der Bildung bewenden läßt. Auch am Ende der Realschule steht das „Kleine Abitur“. Es können hier nicht alle Vorschläge des *Gesamtplans* genannt werden. Einige jedoch sollen aufgezählt werden. Das 9. Schuljahr bei der Volksschule und das 10. *Vollschuljahr* bei der Berufsschule werden gefordert. Ausbau des Sonderschulwesens, entschlossene Förderung der Erwachsenenbildung durch hauptamtliche Dozenten, Schulgeldfreiheit, Lernmittelfreiheit, Erziehungsbeihilfen, Rückerstattung der Fahrtkosten bei Fahrschülern, Begabtensonderprüfung, diese und viele andere Vorschläge werden ausführlich begründet und gefordert. Der 2. Bildungsweg ist so zu gestalten, daß Bildungsstufen und Ausbildungsabschlüsse in kleineren, überschaubaren und erreichbaren Etappen angeboten werden.

### Bildungschancen – Lebenschancen

Einer der wichtigsten Vorschläge, den das *Deutsche Institut* macht, ist die Ablehnung der sogenannten „permanenten Durchlässigkeit“. Mit dieser Ablehnung einer leicht dahergesagten populären Forderung, die zu einem kulturpolitischen Schlagwort entartet ist, zeigt das *Deutsche Institut für Bildung und Wissen* den Ernst und die Verantwortungsfreudigkeit, mit der es an die Lösung seiner Aufgabe herangegangen ist.

Durchlässigkeit der Schulsysteme meint die Möglichkeit, daß ein *normaler* Schüler von einer Schulart zur anderen ohne große Schwierigkeiten wechseln kann (damit ist natürlich nicht der Schulwechsel innerhalb desselben Typs von einem Bundesland zum andern gemeint!); für den überdurchschnittlichen Schüler stellt sich dieses Problem nicht. Das *Deutsche Institut* ist der Ansicht, daß die Bildungschancen, die

für den einzelnen Schüler in den verschiedenen Schultypen liegen, nicht dadurch verspielt werden dürfen, daß durch eine nivellierende Gleichartigkeit die differenzierten Schultypen ihren Charakter verlieren. Es erhebt sich die Frage, ob man wegen einiger Schüler, die durch Zufall oder Irrtum die falsche Schule besuchen, den eigentümlichen Charakter der Schularten aufgeben soll, oder ob es nicht besser ist, auf die Durchlässigkeit zu verzichten und dafür die Bildungsmöglich-

keiten, die im gegliederten Schulsystem liegen, zu nützen. Statt der permanenten Durchlässigkeit schlägt das *Deutsche Institut mehr reguläre Übergänge* vor als jeder andere bisher erschienene Bildungsplan; damit wird nun in der Tat die Zahl der Bildungschancen beträchtlich erhöht, und zwar sowohl unter dem Gesichtspunkt der vermehrten *Chancen*, als auch unter dem Gesichtspunkt der *Bildung*, die in dem eigentümlichen Charakter jeder Schulart begründet ist und gewahrt bleibt.

Angesichts der dringenden Problematik, die die Bildungssituation in Deutschland darstellt, ist dieser *Gesamtplan zur Neuordnung des Deutschen Bildungswesens* eine außerordentliche Hilfe, die zudem mit dem Vorzug ausgestattet ist, daß die Durchführung dieses Gesamtplans – im Vergleich mit anderen Plänen – verhältnismäßig leicht ist.

Dozent Walter Schrader